

I. Abschnitt Stellung und Aufgaben des Vereins

§1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen "Conpart e.V."
- (2) Der Verein hat seinen Sitz in Bremen und ist dort im Vereinsregister beim Amtsgericht eingetragen.
- (3) Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§2 Zweck und Aufgaben

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar mildtätige und gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Der Verein ist parteipolitisch und konfessionell unabhängig.
- (2) Der Verein dient der Förderung von spastisch gelähmten oder anders behinderten Menschen. Zur Erfüllung seines Zwecks nimmt der Verein insbesondere folgende Aufgaben wahr:
 1. Betrieb von Einrichtungen, die insbesondere der Betreuung, Förderung und Integration von spastisch gelähmten oder anders behinderten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen dienen.
 2. Information, Beratung und Unterstützung von behinderten Menschen, deren Angehörigen und Freunden sowie Förderung eines Erfahrungs- und Meinungs-austausches der Betroffenen und Beteiligten.
 3. Mitwirkung bei Maßnahmen, Regelungen oder Freizeitangeboten zur Verbesserung der Situation von behinderten Menschen durch Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden des Landes Bremen und mit Organisationen, deren Zwecksetzungen denen des Vereins entsprechen.
- (3) Aufgaben, die über die in Absatz 2 genannten hinausgehen, nimmt der Verein wahr, wenn sie dem Zweck des Vereins entsprechen und ihre Übernahme in einer Mitgliederversammlung mehrheitlich beschlossen wird. Beschlüsse, durch die dem Verein Aufgaben zugewiesen werden, müssen Angaben darüber enthalten, welchen Umfang sie haben und wie die Durchführung der Aufgaben finanziert werden soll.
- (4) Der Verein ist selbstlos tätig. Ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb, ausgenommen als Zweckbetrieb gem. §§ 65 und 68 der Abgabenordnung, ist ausgeschlossen. Zur Erfüllung seiner Aufgaben kann er sich auch anderer Rechtsformen bedienen.
- (5) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins. Der Verein darf keine Personen durch Verwaltungsausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen.
- (6) Zur finanziellen Unterstützung des Vereins bei der Wahrnehmung seiner vorgenannten Aufgaben besteht ein Förderkreis. Die Mitgliedschaft erfolgt durch Beitrittserklärung, die Höhe ihres jährlichen Mitgliedsbeitrages bestimmen die Fördermitglieder selbst, der Austritt ist durch schriftliche Anzeige jederzeit möglich. Für Fördermitglieder, die natürliche oder juristische Personen sein können, gelten die Absätze 1, 3, 4 und 6 des § 4 dieser Satzung sinngemäß. Hiervon abgesehen finden die folgenden Abschnitte II bis VIII dieser Satzung auf Fördermitglieder keine Anwendung.

II. Abschnitt Mitglieder und Organe des Vereins

§3 Eintritt in den Verein

(1) Mitglieder können natürliche und juristische Personen werden. Bei natürlichen Personen ist a) eine eigene Behinderung oder die von Verwandten bzw. von rechtlich betreuten oder pflegebedürftigen Personen Vorbedingung für eine Mitgliedschaft, oder b) eine positive Einstellung zu behinderten Menschen und der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Bei juristischen Personen ist ein mit behinderten Menschen zusammenhängender Zweck Voraussetzung für eine Mitgliedschaft. Betreuer nach dem Betreuungsgesetz können stellvertretend für von Conpart betreute Behinderte Mitglied werden. Familienmitgliedschaften sind möglich.

(2) Die Beitrittserklärung ist schriftlich an den Vorstand zu richten. Die Mitgliedschaft wird mit Aushändigung einer schriftlichen Aufnahmeerklärung wirksam.

(3) Über die Aufnahme eines Mitglieds entscheidet der Vorstand. Ein Aufnahmeanspruch besteht nicht. Eine Ablehnung braucht nicht begründet zu werden.

(4) Bei Familienmitgliedschaft von zwei oder mehr Familienangehörigen ist namentlich anzugeben, durch welches Mitglied die Zahlung des Mitgliedsbeitrags erfolgt.

(5) Bei Familienmitgliedschaft können ein oder mehr Mitglied(er) namentlich benannt austreten, ausgeschlossen oder gestrichen werden, ohne daß alle Familienangehörigen betroffen sein müssen.

§4 Beendigung der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder durch den Tod des Mitglieds.

(2) Der Austritt eines Mitglieds aus dem Verein ist für das Jahr nur wirksam, wenn er bis zum Ende des Geschäftsjahres erklärt wird. Die Austrittserklärung ist schriftlich an den Vorstand zu richten.

(3) Der Ausschluss eines Mitglieds erfolgt durch den Vorstand. Gegen diesen Ausschluss ist binnen 4 Wochen nach Zustellung Einspruch an die Mitgliederversammlung möglich.

(4) Der Ausschluss eines Mitglieds muss vom Vorstand beschlossen werden, wenn das Mitglied mit dem Mindest-Mitgliedsbeitrag (Ausnahme: Fördermitglieder) um mehr als ein Jahr im Rückstand ist und den Beitrag nach schriftlicher Erinnerung durch die Verwaltung nicht innerhalb von 2 Monaten nach Absendung der Erinnerung beglichen hat (siehe hierzu § 18 (3)).

(5) Tritt bei Familienmitgliedschaft der Beitragszahler aus oder wird er ausgeschlossen, muss ein neuer Beitragszahler benannt werden.

(6) Ausscheidende Mitglieder haben keinen Anspruch auf Rückerstattung ihrer Einzahlungen und keinen Anspruch an das Vereinsvermögen. Weiterhin obliegt der Mitgliederversammlung gegebenenfalls die Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins.

§5 Organe

(1) Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

(2) Der Vorstand bestellt den Geschäftsführer.

III. Abschnitt **Mitgliederversammlung des Vereins**

§6 Aufgaben

(1) Die Mitgliederversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Wahl des Vorstandes,
2. Wahl der Kassenprüfer,
3. Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes des Vorstandes und des Geschäftsführers sowie der Jahresabrechnung für das vergangene Geschäftsjahr,
4. Entgegennahme des Berichtes der Kassenprüfer,
5. Entlastung des Vorstandes und des Geschäftsführers,
6. Beschlussfassung über die Höhe des Mindest-Mitgliedsbeitrages,
7. Beschlussfassung über den Ausschluss eines Mitglieds nach dessen Einspruch,
8. Beschlussfassung über Satzungsänderungen.

§7 Beschlussfassung

(1) Jedes Mitglied hat eine Stimme. Familienmitgliedschaften gelten als eine Stimmberechtigung.

(2) Beschlussfähig ist jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung.

(3) Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, sofern die Satzung nichts anderes bestimmt. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

§8 Einberufung

(1) Die Mitgliederversammlung tritt einmal jährlich zusammen. Die Mitgliederversammlung tritt darüber hinaus zusammen, wenn

1. das Interesse des Vereins dies erforderlich macht,
2. wenn mindestens 1/10 der Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zweckes und der Gründe die Einberufung verlangt.

(2) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand unter Angabe der Tagesordnung schriftlich einberufen. Zwischen Einberufung und Sitzung muss eine Frist von mindestens 2 Wochen liegen. Die Frist gilt durch die Aufgabe zur Post als gewahrt.

(3) Anträge der Mitglieder zur Tagesordnung sind dem Vorstand mindestens eine Woche vor der Mitgliederversammlung mitzuteilen.

§ 9 Niederschrift

(1) Über den wesentlichen Hergang der Mitgliederversammlung und über die von ihr gefassten Beschlüsse ist eine Niederschrift anzufertigen. Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden der Versammlung zu unterzeichnen.

(2) Jedes Mitglied ist berechtigt, die Niederschrift einzusehen.

IV. Abschnitt Vorstand des Vereins

§ 10 Vorstand, Zusammensetzung, Wahl, Amtsdauer

(1) Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden sowie aus drei Mitgliedern des erweiterten Vorstands. Aus dem Kreis der natürlichen Personen gemäß § 3 Abs. 1 b) kann nur ein Mitglied dem Vorstand nach Absatz 2 angehören. Die Vorstandsmitglieder werden ohne Kandidatur für einen bestimmten Vorstandssitz gewählt. Bei mehr Kandidaten als Sitzen entscheidet die Stimmenmehrheit.

(2) Der Vorstand wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden. Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende. Jeder für sich allein ist vertretungsberechtigt.

(3) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von drei Jahren gewählt. Eine Wiederwahl ist zulässig.

(4) Bei dem Ausscheiden eines Vorstandsmitgliedes ist der Vorstand berechtigt, für den Zeitraum bis zur nächsten Mitgliederversammlung ein neues Vorstandsmitglied kommissarisch zu benennen.

§ 11 Aufgaben, Beschlussfassung

(1) Das Amt des Vorstands ist ein Ehrenamt.

(2) Der Vorsitzende leitet die Mitgliederversammlungen und erledigt die Aufgaben des Vereins, soweit sie nicht von der Mitgliederversammlung oder dem Geschäftsführer wahrgenommen werden.

(3) Der Vorstand genehmigt, den Haushaltsplan.

(4) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Vorstandsmitglieder, davon mindestens ein Vertreter des Vorstandes im Sinne des § 26 BGB, anwesend sind.

(5) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet der 1. Vorsitzende.

§ 12 Abberufung

Die Mitgliederversammlung kann den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden und ein oder mehr Mitglieder des erweiterten Vorstands aus wichtigem Grund jederzeit abberufen.

V. Abschnitt Geschäftsführer des Vereins

§13 Bestellung

Der Geschäftsführer wird vom Vorstand bestellt. Der Vorstand gibt dem Geschäftsführer für seine Tätigkeit eine Geschäftsordnung.

§ 14 Abberufung

Der Vorstand kann den Geschäftsführer aus wichtigem Grund jederzeit beurlauben.

VI. Abschnitt Beiräte

§ 15 Zusammensetzung, Berufung, Verabschiedung

- (1) Der Verein kann zur fachlichen Beratung und für bestimmte Projekte Beiräte berufen, deren Mitglieder dem Vorstand nicht angehören. Ein Beirat soll aus mindestens drei Mitgliedern bestehen. Die Beiratsmitglieder werden vom Vorstand benannt und verabschiedet.
- (2) Der Beirat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.

VII. Abschnitt Haushalt des Vereins

§16 Haushaltsplan

Die Einnahmen und Ausgaben des Vereins zur Erfüllung seiner satzungsgemäßen Aufgaben, insbesondere zum Betrieb seiner sozialen Einrichtungen und Dienste, werden jährlich in einem Haushaltsplan veranschlagt.

§ 17 Zuwendungen, Beiträge, Spenden

- (1) Die Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 werden vor allem durch Entgelte und Zuwendungen finanziert.
- (2) Die Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 und 3 werden durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und durch sonstige Einnahmen finanziert.

§ 18 Mitgliedsbeiträge

- (1) Die Höhe des jährlich zu zahlenden Mindest-Mitgliedsbeitrages wird von der Mitgliederversammlung beschlossen.
- (2) Bei Eintritt in den Verein und bei Austritt aus dem Verein ist der Beitrag für das jeweilige Geschäftsjahr in voller Höhe zu zahlen.
- (3) In begründeten Einzelfällen ist der Vorstand auf Antrag berechtigt, den Mitgliedsbeitrag für das laufende Geschäftsjahr zu stunden, zu ermäßigen oder ganz zu erlassen.

§19 Rechnungsprüfung

- (1) Für jedes Geschäftsjahr ist vom Geschäftsführer im Einvernehmen mit dem Vorstand eine Jahresabrechnung zu erstellen.
- (2) Die Jahresabrechnung sowie alle erforderlichen Unterlagen werden durch 2 von der Mitgliederversammlung gewählte Kassenprüfer geprüft.

VIII. Abschnitt Schlussbestimmungen

§ 20 Satzungsänderungen

Satzungsänderungen werden von der Mitgliederversammlung mit mindestens 2/3 der Stimmen der anwesenden Mitglieder beschlossen.

§ 21 Auflösung oder Aufhebung des Vereins

(1) Die Auflösung des Vereins wird mit mindestens 2/3 der Stimmen der anwesenden Mitglieder beschlossen.

(2) Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zwecks fällt das nach Begleichung oder Sicherstellung aller Verbindlichkeiten verbleibende Vereinsvermögen an den Paritätischen Bremen. Die Verwendung darf nur für Zwecke auf dem Gebiete der Betreuung und der Förderung von spastisch oder anders behinderten Menschen erfolgen. Beschlüsse über die künftige Verwendung des verbleibenden Vereinsvermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamts ausgeführt werden.

Diese Fassung der Satzung von Conpart e.V. ist auf der Mitgliederversammlung am 03. April 2014 verabschiedet worden.

Stand: April 2014